

ECHT GERECHT

– solidarisch durch die Krise!

Als Gewerkschafter*innen verurteilen wir die kriegerische Aggression Russlands gegenüber der Ukraine auf das Schärfste. Dieser Krieg stellt einen beispiellosen Angriff auf die europäische Friedensordnung dar, die auf Freiheit, Menschenrechten, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit basiert. Seine Hauptleidtragenden sind die Zivilbevölkerung.

Die Auswirkungen dieses Krieges werden auch in Deutschland immer stärker spürbar. Insbesondere die Energieversorgung rückt in den Fokus, da mittlerweile kaum noch Energieimporte von z. B. Erdgas aus Russland nach Deutschland gelangen. Diese Situation trifft unser Land nicht unvorbereitet. Die deutschen Gasspeicher sind zu über 90 Prozent gefüllt.¹ Damit liegt Deutschland über dem Plan, auch wenn absolute Sparsamkeit angesichts der Knappheit weiter geboten ist.

Im direkten Zusammenhang damit steht eine Kostenlawine, die derzeit durchs Land rollt. Die Kosten für Energie, Mobilität und auch Lebensmittel steigen und steigen. Niedrige und sogar mittlere Einkommen werden von der Inflation aufgefressen. Für viele droht das Leben unbezahlbar zu werden. Das nehmen wir nicht hin!

SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE: NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN!

Während sich einige Unternehmen in der Krise bereichern, ist der soziale Frieden akut gefährdet. Die Menschen sind verunsichert, viele haben Angst um ihre Existenz. Bund, Länder und Kommunen müssen in einer gemeinsamen Kraftanstrengung finanzielle und existenzgefährdende Notlagen verhindern. Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Unternehmen müssen geschützt werden.

SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE: MENSCHEN ENTLASTEN – PREISE DECKELN – ZUSAMMENHALT STÄRKEN!

Gewerkschaften kämpfen für Gute Arbeit und sichere Löhne. Doch Tarifpolitik allein kann die steigenden Preise nicht auffangen. Deshalb braucht es wirksame finanzielle Hilfen für alle. Angesichts der massiv gestiegenen Energiepreise hatte die Bundesregierung bereits zwei Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von etwa 30 Mrd. Euro vorgelegt. Das jüngste Entlastungspaket enthält weitere sinnvolle Maßnahmen, die vielfach auf DGB-Forderungen zurückgehen und die nun schnell und gezielt umgesetzt werden müssen. Im Ergebnis liegt nun ein breiter Maßnahmenmix vor, der sich nach offiziellen Angaben auf ein weiteres Gesamtvolumen von 65 Mrd. Euro beläuft.² Rentner*innen und Studierende, die bisher bei der Energiepreispause leer ausgingen, erhalten nun eine Zahlung von 300 Euro respektive 200 Euro. Angesichts der hohen Energiekosten ist die angekündigte Strompreisbremse für den Grundbedarf, die aus Zufallsgewinnen auf den Energiemärkten finanziert werden soll, ein wichtiges Signal an die privaten Haushalte.

1 Stand 22.9.2022 Vgl.: Bundesnetzagentur: Aktuelle Lage der Gasversorgung in Deutschland, abrufbar unter: <https://www.bundesnetzagentur.de>

2 Vgl.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Deutschland steht in einer schwierigen Zeit zusammen, abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de>



Darüber hinaus gibt es ein Bündel von strukturellen Maßnahmen, die sich dauerhaft positiv auswirken. Dazu gehören ein deutlich erweiterter Bezugskreis für das Wohngeld (+415 Euro Heizkostenzuschuss), die Erhöhung des Kinderzuschlags auf 250 Euro, ein Bürgergeld in Höhe von 500 Euro und die Anhebung der Kindergeldsätze. Dazu kommen noch die vorgezogene Abschaffung der Doppelbesteuerung der Renten, die Verlängerung des erleichterten Bezuges von Kurzarbeitsgeld, der um 200 Euro angehobene Arbeitnehmer-Pauschbetrag und der Abbau der kalten Progression.

Wir kämpfen mit Nachdruck für unsere Forderungen und rufen alle Arbeitnehmer*innen auf, sich anzuschließen. Für uns Gewerkschaften ist dabei eindeutig, dass die Basis jeder Zusammenarbeit ein klares, uneingeschränktes Bekenntnis zur Demokratie, zu Diversität und Vielfalt und zur Solidarität mit den Menschen in der Ukraine ist.

Nun ist alles dafür zu tun, dass die angekündigten Maßnahmen zügig umgesetzt werden und die Menschen erreichen. Zudem müssen die Leerstellen, die die Entlastungspakete enthalten, dringend geschlossen werden. Um soziale Schiefen auszugleichen, muss deshalb in wesentlichen Bereichen nachgebessert werden, damit wir gerecht durch die Krise kommen. Parallel dazu braucht es eine effektive Flankierung der Maßnahmen in den Bundesländern und den Kommunen, damit die Entlastungen vor Ort passgenau wirken.

SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE HEISST ENTLASTUNG JETZT!

1. ENERGIEPREISDECKEL JETZT:

Die angekündigte Strompreisebremse für den Grundbedarf ist ein wichtiger Schritt, um die privaten Haushalte gegen die immensen Kostensteigerungen zu schützen. Sie muss nun konkret ausgestaltet und schnell umgesetzt werden. Allerdings reicht eine Strompreisebremse nicht aus, bilden doch die Heizkosten in der Regel den größeren Ausgabenposten bei den privaten Haushalten. Deshalb müssen die Gaspreise ebenfalls begrenzt werden. Konkret sollten jedem Haushalt 7.000 Kilowattstunden (kWh) Gas für den Preis von 9 Cent/kWh zur Verfügung stehen, für jede weitere Person kommen weitere 2.000 kWh hinzu. Dadurch wird der Grundverbrauch abgesichert. Der Anreiz zum dringend notwendigen Energiesparen bleibt erhalten, da oberhalb des Grundverbrauchs wieder die (wesentlich höheren) Marktpreise gelten.

2. EINMALZAHLUNGEN JETZT:

Da Maßnahmen wie ein Preisdeckel Zeit für die Umsetzung brauchen, ist angesichts der akuten Sorgen vieler Bürger*innen als wirksame Sofortmaßnahme die Zahlung einer weiteren Pauschale erforderlich. Eine zweite Energiepreispauschale in Höhe von mindestens 500 Euro pro Erwachsenen (+100 Euro pro Kind)

muss zügig auf Weg gebracht werden, damit die Verbraucher*innen erste Rechnungen bezahlen können. Und diesmal dürfen Rentner*innen, Auszubildene, Studierende und Leistungsempfänger*innen nicht vergessen werden.

3. EINKOMMEN STÄRKEN JETZT:

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro ist gerade jetzt ein wichtiger Schritt für Menschen mit geringen Einkommen. Auch die Mindestausbildungsvergütung muss nun erhöht werden. Gute, existenzsichernde Löhne und Gehälter für alle gibt es aber vor allem mit Tarifverträgen – auch deshalb muss die Tarifbindung gestärkt werden. Dazu sind u.a. mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge und die Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen notwendig. Dass die Bundesregierung zusätzliche Zahlungen von bis zu 3.000 Euro steuerfrei stellt, ist ein weiteres gutes Angebot. Gewerkschaftliches Ziel bleibt aber die dauerhafte Stabilisierung der Reallöhne.

4. HÄRTEFALLFONDS JETZT:

Für Menschen, die von den Preissteigerungen schlicht überfordert sind und unverschuldet in finanzielle Not geraten, muss es schnelle und unbürokratische Hilfen über Härtefallfonds auf Länderebene geben. Dort, wo es bereits Zusagen gegeben hat, müssen die schnell eingelöst werden, damit das Geld zur Verfügung steht, wenn die Menschen ihre Rechnungen bekommen. Sollten die bisher zugesagten Mittel nicht ausreichen, muss ebenso schnell nachgelegt werden.

5. MORATORIUM FÜR WOHNUNGSKÜNDIGUNGEN UND ENERGIESPERREN JETZT:

Es muss sichergestellt werden, dass Vermieter*innen keine Kündigungen aussprechen, wenn Mieter*innen durch die steigenden Lebenshaltungskosten in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Ebenfalls brauchen wir ein Moratorium für Energiesperren. Diese Instrumente sind von großer Bedeutung, um Sicherheit zu schaffen und keine zusätzlichen sozialen Krisen vor dem Hintergrund der Preissteigerungen auszulösen.

6. 300 EURO FÜR VERSOR- GUNGSEMPFÄNGER*INNEN JETZT:

Im dritten Entlastungspaket des Bundes sind die Versorgungsempfänger*innen der Länder für die 300-Euro-Einmalzahlung nicht vorgesehen. Dafür sind die Bundesländer verantwortlich. Auch die Versorgungsempfänger*innen sind von hohen Energiekosten und Preissteigerungen betroffen und geraten in Not, vor allem die vielen, die geringere Einkommen erhalten hatten. Das Geld muss zu den Menschen gelangen, die es brauchen.

7. FORTSETZUNG DES KURZ- ARBEITERGELDES JETZT:

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung den erleichterten Bezug des Kurzarbeitsgeldes verlängert hat. Um Beschäftigung zu sichern, muss allerdings sichergestellt werden, diese Regelung auch wirklich im Falle von Produktionsausfällen wegen hoher Energiekosten greift.

8. WIRTSCHAFTSHILFEN JETZT:

Es muss verhindert werden, dass durch die Energiekrise Unternehmen und die öffentliche Daseinsvorsorge (Stadtwerke, Alten- und Pflegeheime, Kitas und Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, ÖPNV, weitere Non-Profit-Einrichtungen) in Schieflage geraten und damit Arbeitsplätze gefährdet werden. Deshalb braucht es ausgeweitete Wirtschaftshilfen, die allerdings nicht bedingungslos sein dürfen. Staatshilfen müssen mit klaren Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung und Tarifbindung verknüpft werden. Zudem darf bei den notwendigen Investitionen nicht nachgelassen werden, um unsere Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig und krisenfest aufzustellen..

9. TURBO-AUSBAU DER ERNEU- ERBAREN ENERGIEN JETZT:

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat endgültig verdeutlicht, mit welcher hohen Risiken die Importabhängigkeit von fossilen Brennstoffen behaftet ist. Die Lehre muss lauten: Unter Hochdruck ist der Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Nur damit lassen sich die Energiepreise nachhaltig dämpfen und der Klimawandel begrenzen. Es müssen dementsprechend alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um auf Dächern mehr Photovoltaikanlagen zu errichten und in der Fläche mehr Windräder aufzustellen – inklusive ausreichender Speicher- und Netztechnologien. Genehmigungsverfahren sind zu vereinfachen, Förderprogramme finanziell großzügig auszustatten und der Ausbau einer heimischen Wasserstoffwirtschaft zu beschleunigen.

10. MOBILITÄTSGELD JETZT:

Die Entfernungspauschale ist sozial nicht gerecht, da Pendler*innen mit einem höheren Einkommen bei gleicher Fahrtstrecke einen ungleich größeren finanziellen Vorteil aus ihr ziehen. Deshalb soll die Pendlerpauschale in ein echtes Mobilitätsgeld umgewandelt werden. Dieses Modell hätte den Vorteil, dass es unabhängig von Einkommen und Verkehrsmittel pro Kilometer gewährt wird und gerade Beschäftigte mit geringen und durchschnittlichen Verdiensten entlastet.

11. ÖPNV-NACHFOLGETICKET JETZT:

Das ausgelaufene 9-Euro-Ticket war ein großer Erfolg. Für eine Nachfolgeregelung hat der Bund 1,5 Milliarden Euro zugesagt. Es liegt nun an den Ländern, ihren finanziellen Beitrag zu leisten, damit ein schneller Anschluss gelingt. Daneben muss massiv in den Ausbau und die Infrastruktur des ÖPNV sowie in das Personal investiert werden, um die Kapazitäten auf Basis von Guter Arbeit und Mitbestimmung zu erhöhen.

12. ÜBERGEWINNSTEUER JETZT:

Um die Strompreisebremse zu finanzieren, sollen Zufallsgewinne auf den Energiemärkten abgeschöpft werden. Diese Maßnahme ist richtig. Allerdings fahren auch die großen Mineralölkonzerne und andere Unternehmen im Windschatten der Krise exorbitante Gewinne ein. Diese sind weder das Resultat unternehmerischer Leistung noch vorausschauender Investitionen. In Anbetracht der gegenwärtigen Situation sind solche Krisengewinne unmoralisch. Aus diesem Grund müssen die Profiteure der Krise mit einer Übergewinnsteuer an den Kosten beteiligt werden.

13. GERECHTES STEUERSYSTEM JETZT:

Das deutsche Steuersystem ist in Teilen nicht gerecht, weil es hohe Einkommen, Unternehmensgewinne und große Vermögen begünstigt. Der DGB hat ein ausführliches Steuerkonzept erstellt, das untere und mittlere Einkommen spürbar entlastet. Der Grundfreibetrag wird erhöht und ein gleichmäßiger Anstieg der Steuerprogression verhindert die sogenannte kalte Progression, während parallel der Spitzensteuersatz angehoben wird und die Reichensteuer früher greift. Um die Einnahmen für Investitionen zu steigern, die Krisenkosten zu kompensieren und um für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen, muss die ausgesetzte Vermögenssteuer wieder eingeführt und Superreiche über eine einmalige Vermögensabgabe zur Kasse gebeten werden. Ebenso sollten höhere Steuern auf große Erbschaften einen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

14. AUSSETZUNG DER SCHULDENBREMSE JETZT:

Die Schuldenbremse war und ist ein politischer und ökonomischer Fehler, da sie mit ihrer Blindheit gegenüber notwendigen Zukunftsinvestitionen einen unübersehbaren Sanierungs- und Modernisierungstau verursacht hat. Gleichzeitig steht sie jetzt im Weg bei der Finanzierung von sozialen Entlastungen und gefährdet damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Fest steht daher: Die Einhaltung der Schuldenbremse sollte in einer historischen Krise die geringste Priorität haben. Neben den aktuellen Herausforderungen liegt vor der Gesellschaft ein über Jahrzehnte gehender Transformationsprozess, der sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet werden muss. Angesichts dieses Mammutprojektes ist es gerecht, wenn dafür auch Kredite zur Finanzierung aufgenommen werden und sich zukünftige Generationen finanziell daran beteiligen. Schließlich werden sie ebenfalls von den Ergebnissen profitieren.

